

DIAS-Kommentar

Nr.145 • Januar 2009

Daniel Pahl

Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Barack H. Obama - der amerikanische Präsident

Der Tenor in der deutschen Öffentlichkeit bezüglich der Wahl von Barack H. Obama ist ausnahmslos positiv, teilweise sogar überschwänglich gewesen. Viele Kommentatoren feierten das Ende der Bush-Ära, als sei ein neues sorgloses Zeitalter angebrochen. Obama werde nicht nur die schwere Wirtschaftskrise besser bekämpfen als sein Vorgänger oder der Senator aus Arizona, sondern auch die anderen Probleme, die die Europäer mit dieser Welt im Allgemeinen und mit der Weltmacht Amerika im Besonderen haben, regeln. Es wird so getan, als sei bereits allein die Wahl des ersten schwarzen Präsidenten Lösung für so unterschiedliche wie weitreichende Angelegenheiten. Es geht dabei natürlich auch und vornehmlich um die vermeintlichen Wunden, die die Bush-Präsidentschaft im Gemüt der Mehrheit der Deutschen hinterlassen hat: Irak, Guantanamo, Afghanistan, Iran, der Krieg gegen den Terror, die Klimapolitik und das Weltfinanzsystem. Diejenigen Politikfelder also, bei deren Behandlung der Cowboy, als der der 43. US-Präsident häufig dargestellt wurde, nicht auf die alte Welt gehört hat. Dementsprechend war auch der Abgesang auf ihn in den letzten Tagen geprägt.

Die Vorstellung jedoch, dass der 44. US-Präsident nun alle diese Dinge im Sinne des deutschen Gutmenschentums, das das deutsche Übermenschentum abgelöst hat, lösen wird, ist so naiv wie unrealistisch. Obama wird amerikanischer Präsident und er wird heute am 20. Januar auf den Stufen des Capitols schwören, die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika zu vertreten, zu schützen und zu verteidigen. Seiner Huldigung und Salbung als „Weltpräsident“ in der deutschen Öffentlichkeit wird die Ernüchterung darüber folgen, dass er genau dies nicht ist und sein wird. Es wird sich die Erkenntnis breit machen, dass Barack H. Obama ein amerikanischer Präsident ist.

Politiken, die Präsident Obama in Bezug auf die genannten Felder anbieten wird, werden zu allererst den USA nützen. Jedweder Nutzen für andere Staaten wird entweder gebilligtes Nebenprodukt sein oder in Verhandlungen errungen werden müssen. Amerikanischer Altruismus für die Welt ist zu sehr geprägt vom Verständnis als *Indispensable Nation*, so dass zuallererst eigene Interessen vertreten werden, denn was Amerika nützt, nützt der Welt. Sozusagen der *trickle down* Effekt der Weltpolitik.

Maßnahmen zur Linderung der globalen Wirtschaftskrise werden so ergriffen werden, dass ihr Nutzen vornehmlich den Amerikanern zu Gute kommt. Die Europäer und Deutschen werden glücklich sein können, wenn solche Maßnahmen nicht direkt zu ihrem Schaden sein werden. Dies verdient weder Kritik noch ein Lamento. Jedwede Politik sollte stets den Nutzen ihrer eigenen Subjekte mehren. Eine Grundvoraussetzung, die viele Deutsche und ihre Politiker vergessen haben oder als unzeitgemäß empfinden. Denen sei jedoch gesagt: Interessenpolitik ist zeitlos und stets auf längere Sicht die klügste.

Nun zu konkreten Beispielen: Obama hat sich bereits weitgehend auf weitere Staatshilfen für die angeschlagenen amerikanischen Autokonzerne festgelegt. Immerhin geht es darum, zehntausend nicht hunderttausende Industriearbeitsplätze zu retten. Dies ist offenbar im Interesse der Amerikaner – so sieht es jedenfalls die ins Amt kommende Administration. Unabhängig aber von der aktuellen Diskussion um die eine 100% Tochter des am schwersten getroffenen US-Autokonzern GM – Opel – ist dies genauso wenig im nationalen Interesse Deutschlands, wie es die Gewährung von Bürgschaften bei der Opel AG durch die Bundesregierung wäre.

Die amerikanischen Automobilkonzerne und die Mehrheit ihrer Zulieferer sind direkte Konkurrenten der europäischen und insbesondere der deutschen Automobilwirtschaft. Jeder weitere Staats-Dollar, der den *big three* zur Verfügung gestellt wird, verzerrt die Wettbewerbssituation. Mit diesem Geld wird verhindert, dass sie für eine – wie sich jetzt in aller Deutlichkeit zeigt – langfristig als verfehlt anzusehende Modellpolitik und miserables Management abgestraft werden. Mit den Staatsgeldern werden sie nicht nur ihr Überleben sichern können, sondern auch – ganz im Sinne Obamas – die sparsamen umweltschonenden Modelle von morgen entwickeln können. Den deutschen Autobauern, denen ebenfalls eine in Teilen zu zaghafte Modellpolitik vorgeworfen werden kann, werden die Fahrzeuge der nächsten Generation mit Elektromotoren, Brennstoffzellen und weitreichenden Akkumulatoren aus eigenen knappen Mitteln finanzieren müssen.

Oder aber, und die Entwicklung in der deutschen und europäischen Politik weist schon darauf hin, die hiesige Regierung wird nicht umhin kommen, selbst mittels Staatshilfen den deutschen Autobauern zur Hilfe zu kommen. In weiten Teilen ist dies ökonomisch gar nicht nötig. Es wird aber durch die amerikanische Politik zwingend, um die Wettbewerbs- und Chancengleichheit zu wahren.

Ein anderes Beispiel ist Obamas angekündigtes Investitionsprogramm in erneuerbare Energien und zur Erreichung der Unabhängigkeit vom Erdöl. Wenn dieses Projekt, das sich historisch und budgetär in noch höheren Sphären als das Apollo- oder Manhattan-Projekt bewegen wird, so umgesetzt wird wie angekündigt, dann wird der deutschen Solar-, Wind-, und Umweltindustrie eine mächtige Konkurrenz erwachsen, wiederum gespeist von Subventionen. Diese sollen eine Höhe von 100 Milliarden Dollar über 10 Jahre haben. Zugegeben ein mittlerweile nicht mehr besonders klingender Betrag in Zeiten der globalen Finanzsystemrettungsschirme. Und sicherlich: auch die deutsche Umweltbranche erhält Subventionen in unterschiedlichsten Formen, und es ist ja zum Wohle der gesamten Menschheit, dass die USA endlich in den internationalen Klimaschutzband einschert, jedoch ist ein Programm, das laut Obama dezidiert amerikanischen Firmen zu gute kommen soll, nicht ohne weiteres im deutschen Interesse. Denn selbst wenn deutsche Firmen Produktionsstandorte in den USA schaffen, um an dem gewaltigen Subventionstopf zu partizipieren, so werden die Arbeitsplätze nicht in Deutschland geschaffen werden. Und eine Holding für einen dementsprechend international aufgestellten Konzern lässt sich auch sehr gut aus der Schweiz oder als Europäische AG aus Österreich führen.

Aber nicht nur im Bereich der Wirtschaftspolitik werden die Initiativen des 44. Präsidenten den naiven Vorschuss an Zuneigung seitens der deutschen Öffentlichkeit schnell aufbrauchen. Denn er wird sich genauso den außenpolitischen Herausforderungen stellen müssen wie der ungeliebte und oft gescholtene Georg W. Bush. An der Politik, die amerikanischen und nüchtern betrachtet auch deutschen Interessen entgegensteht, seitens des Irans, anderer Staaten und den nicht-staatlichen Akteuren hat sich nämlich durch die Amtseinführung eines Präsidenten Barack H. Obama noch rein gar nichts geändert.

Sicherlich ist die Eröffnung eines Dialogs mit der Führung des Irans, wie Obama ihn angekündigt hat und plant, ein neuer taktischer Ansatz, der auch nicht, wie von republikanischer Seite reklamiert, von Naivität *per se* zeugt. Angemerkt sei aber, dass das strategische Ziel – eine atomwaffenfreie Islamische Republik Iran – das gleiche auch unter Präsident Obama bleibt, und ob diese neue Taktik zum gewünschten Erfolg führen wird, ist dabei mehr als

zweifelhaft, denn die iranische Staatsführung verfolgt ihr Ziel, sich atomar zu bewaffnen nicht, weil der letzte US Präsident und alle anderen davor bis zu Jimmy Carter nicht mit ihnen

geredet haben, sondern aufgrund der vermeintlichen eigenen nationalen Interessen unter Beachtung der Machtverteilung am Persischen Golf und im Nahen Osten.

Aus der Sicht Teherans hat sich an der strategischen Situation nichts geändert. Im Westen befindet sich der durch die Amerikaner vom zuletzt schachmatt gesetzten Saddam Hussein befreite Irak, der zwar derzeit noch schwach und verwundbar ist, aber auf lange Sicht nun potentiell Aufmarschgebiet der USA sein wird, und mittelfristig selbst wieder eine Macht am Golf werden kann. Auf der anderen Seite des Persischen Golfs befindet sich Saudi Arabien – der traditionelle Verbündete der USA in der Region, Gegner iranischer Einflussnahme und Vertreter eines anderen Islams. Im Osten des Landes liegt das von Obama als neuer Schwerpunkt von militärischen Operationen auserkorene Afghanistan, das auch weiterhin dem uneingeschränkten Einfluss des Westens unterliegen wird. Gleichzeitig wird die Wirtschaft des Landes durch die Maßnahmen des Westens, geführt von den USA, langsam stranguliert.

Dass sich die iranische Staatsführung durch eine Wende um 180 Grad, indem sie das Dialogangebot Obamas ehrlich annimmt, aus dieser misslichen Lage befreit, ist für den Westen so wünschenswert wie unsicher. Eine iranische Strategie könnte genauso gut das Dialogangebot zum Schein annehmen, Zugeständnisse einfordern, und insgeheim das Atomwaffenprogramm weiter betreiben. Gleichzeitig setzen die Mullahs auf China und Russland als Verbündete in wirtschaftlichen und militärischen Angelegenheiten. Und spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme des Schwerwasserreaktors in Arak, der genug Plutonium für zwei Atomwaffen pro Jahr liefern wird, wird der Iran durch einen Atomwaffentest in den Kreis der Atomwaffenmächte aufsteigen. Dies könnte bereits 2010 oder 2011 so weit sein.

Dieser Zeitpunkt könnte, sehr ungünstig für die US-Administration, mit der Hochphase des Truppenabzugs aus dem Irak zusammenfallen. Mit dem Truppenabzug hat Obama eine Hauptforderung weiter Teile der Weltöffentlichkeit und vieler Amerikaner zu einem Wahlversprechen gemacht. Nicht zuletzt würde er damit auch den Wünschen der meisten Iraker und ihrer Regierung nachkommen. Im Hauptwahlkampf ist seine Position dazu aber immer flexibler geworden. Als Präsident der letzten Supermacht ist Flexibilität genau das, was ein US-Präsident braucht. Es ist deshalb nicht undenkbar, dass der Truppenabzug nicht wie erhofft vonstatten gehen wird. Es ist auch in der rapiden Form, wie sie zunächst vorgesehen war, nicht mehr nötig. Die amerikanischen und irakischen Truppen haben es geschafft, die Sicherheitslage im Zweistromland in den letzten Quartalen stetig zu verbessern. Dafür verantwortlich ist der zum einflussreichsten und populärsten US-Armeegeneral aufgestiegene jetzige Kommandant des amerikanischen CENTCOM David H. Petraeus. Dieser wird seinen Einfluss auch gegenüber Obama dahingehend geltend machen, die so schwer errungenen Erfolge nicht ohne Weiteres zu riskieren.

Hinzu kommt, dass die Iraker zwar glauben, es in den kommenden Monaten fast allein schaffen zu können, Sicherheit in ihrem Land zu gewährleisten. Doch sollte man nicht unterschätzen, wie schnell die militärische Führung des Iraks sich wieder amerikanische GI's auf den Straßen wünschen könnte, wenn erst einmal die Amerikaner sich in die Stützpunkte zurückgezogen haben.

Ein anderer Aspekt, den die deutsche Öffentlichkeit nur allzu gerne ausgeblendet hat, ist Obamas Haltung zum GWOT, dem *Global War On Terror*. Den will Obama nämlich nicht beenden und damit sieglos einstellen, sondern er will ihn gewinnen und dazu mit neuem Fokus und neuem Elan weiterführen. Dabei wollte er zwar unverzüglich die Spezialeinrichtung auf dem Stützpunkt Guantanamo schließen, aber es hat sich bereits abgezeichnet, dass dies wohl nun dem Präsidenten Obama viel schwerer fallen wird, als es die Versprechen des Kann-

didaten erscheinen ließen. Denn, und diese Erkenntnis ist wichtig und sollte auch deutschen Politikern wie Kanzlerkandidat Steinmeier zu denken geben, wenn er gerne einige Insassen nach Deutschland holen möchte: die Insassen sind von vornherein gefährlich gewesen und dies nach wie vor, oder sie sind es jetzt. Daher hat Obama die kompromisslose Schließung nach Prüfung durch seinen Stab erst einmal verworfen.

Es ist auch Obama, der gesagt hat, die größte Gefahr durch den internationalen-islamofaschistischen-Terror liege in Pakistan und dort sei auch Bin Laden zu finden und zu töten. Nach dem schockierenden Terroranschlag in Mumbai wird sich der Druck auf Pakistan weiter vergrößern. Der neue US-Präsident wird dabei den Indern sehr zu pass kommen, sieht doch sowohl Neu Delhi wie auch die neue Washingtoner Administration Pakistan für einen großen Teil des Terrors in der Welt verantwortlich. Pakistan wird sicherlich innenpolitisch schwer daran zu tragen haben, die neuste Front im GWOT zu werden.

Aber es ist nötig, die pakistanischen Stammesgebiete wenigstens militärisch so weit zu schwächen und zu isolieren, dass sie nicht weiter überschwappender Brutkasten für faschistoide Mittelalter-Dschihadisten sein können. Andernfalls wird Präsident Obama kaum sein Ziel erreichen können, das Engagement der westlichen Staatengemeinschaft in Afghanistan zum Erfolg zu machen. Dabei wird diese nicht umhin können, sich über die Definition von Erfolg neu zu verständigen. Dabei könnte eine gehörige Portion Realismus und weniger Wilsonismus gut tun. Es kann nicht die Definition von Erfolg bleiben, aus Afghanistan einen föderalen Bundesstaat nach dem Vorbild der Bundesrepublik zu machen. Aber der Held von Euphrat und Tigris und Meister der *counter-insurgency* Strategie, CENTCOM Kommandant General Petraeus, zu dessen neuem Zuständigkeitsbereich nun sowohl Afghanistan als auch Pakistan gehört, wird mit seinen pragmatischen und realistischen Einschätzungen und Ansätzen auch hier neue – hoffentlich erfolgreiche – Strategien entwickeln, in Washington durchsetzen und dann exekutieren.

Dabei wird er sich aber nicht auf die Deutschen verlassen können, die von einer schwachen Kanzlerin regiert, sich am liebsten vom Hindukusch zurückziehen würden. Anstatt der bundesdeutschen Bevölkerung aber zu erklären, warum auch die Bundeswehr in Zentralasien steht, werden Erwartungen der Verbündeten enttäuscht und abgewiegelt. Wie tief das Ansehen der deutschen Streitkräfte und der deutschen Sicherheitspolitik bei den Anglo-Amerikanern bereits gesunken ist, zeigt die letzte Episode der Animositäten – die Meldungen über den „Bierdurst“ und die körperlichen Unzulänglichkeiten mancher deutscher Soldaten.

Gerade bezüglich des Engagements der Deutschen in Afghanistan erwartet Präsident Obama sicherlich mehr von seinen größten Fans als den Verweis von Frau Bundeskanzlerin Merkel, in 2009 würde in Deutschland gewählt, und deshalb sei leider eine Politik des Stillhaltens im Norden von Afghanistan nötig. Andernfalls drohe ihr ein Wahldebakel, weil die Deutschen zu einem großen Teil den Sinn des Einsatzes nicht verstehen würden. Dass sich dies ändert, dafür tut Frau Merkel nur leider viel zu wenig. Dies liegt wohl auch nicht im Naturell einer Poli-

tikerin, die gerne in Hinterzimmern Politik betreibt und von hinten führt. Besser zu Gesicht stände den deutschen Obamanicas jetzt ein politisches Ereignis wie der Auftritt von Gerhard Schröder auf dem Marktplatz von Goslar – eben nur unter umgekehrten Vorzeichen.

Ebenfalls ein Totalausfall in der strategischen Führung der deutschen Truppen und der gleichzeitig nötigen Konfrontation der deutschen Wirklichkeitsverweigerer ist Verteidigungsminister Jung. Weder nach innen in die Bundeswehr, noch nach außen vermag er Akzente zu setzen. In der Truppe macht sich selbst im Einsatzführungskommando – also dem modernen Nachfolger des legendären deutschen Generalstabs - eine Haltung bemerkbar, die die Entfer-

nung aus der Truppe rechtfertigen sollte. Wenn aus dieser Behörde, mehr scheint es nicht mehr zu sein, zu hören ist, man bräuchte 1000 Schiffe, um die Piraterie am Horn von Afrika erfolgreich einzudämmen, dann muss man sich fragen, wie die dortigen Personen ihren Beruf im Besonderen und das Soldatentum im Allgemeinen verstehen. 1000 Schiffe hat keine Marine auf der Erde, sicherlich wären mehr Wasser- und Luftfahrzeuge und robusterer *rules of engagement* (sofortige Versenkung von Piraten-Fahrzeugen) wünschenswert. Dennoch gehört die „1000-Schiffe-Fraktion“ im Einsatzführungskommando ausgetrocknet und in den Depotdienst versetzt. Dazu war der politisch und organisatorisch schwache Minister Jung aber nicht fähig. Gleichzeitig ist er auch nicht in der Lage, wie es etwa sein Vorgänger Minister „Deutschland wird am Hidukusch verteidigt“ Struck vormachte, die öffentliche Debatte über sicherheitspolitische Themen in Deutschland zu führen.

So blass und uncharismatisch wie viele deutsche Politiker sind, von einem der blassesten war gerade die Rede, so strahlend, eloquent und inspirierend ist Präsident Obama als Person. Die Emotionen, die er in seiner eigenen Bevölkerung und in anderen Völkern hervorruft, sind überwiegend positiv und überschwänglich. Er ist der personifizierte Neuanfang und der Bote der Hoffnung. Dieses Image wird Obamas größte Stärke und birgt gleichzeitig enormes Enttäuschungspotential. Er ist aber dennoch und gerade deshalb die beste Wahl für Amerika gewesen. Es sollte aber klar sein, dass er eben eine amerikanische Wahl war, amerikanische Werte und Interessen vertreten wird und damit denknotwendig nicht deutsche (oder was viele der deutschen Bevölkerung dafür halten beziehungsweise als „politische Einstellung“ pflegen).

Präsident Barack H. Obama wird in der globalen Ordnung – dem System – handeln müssen, das er vorgefunden hat, er wird es nicht durch seine bloße Anwesenheit ändern. Dennoch ist er einer der vielversprechendsten Präsidenten, die die Vereinigten Staaten jemals hatten.

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herauforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

- | | | |
|----|---|-------------------|
| 20 | Unbekannt
Der große europäische Teppich | 11. Dezember 2003 |
| 21 | Unbekannt
Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung | 14. Januar 2004 |
| 22 | Dimitrios Argirakos
Marx reloaded – einige Gedanken zum 155 jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes | 08. März 2004 |
| 23 | Ulf Gartzke
Regime Change à la El Kaida | 20. März 2004 |
| 24 | R. Alexander Lorz
Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer | 27. April 2004 |
| 25 | Alexander Siedschlag
Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung | 02. Mai 2004 |
| 26 | Niels-Jakob Küttner
Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig | 17. Juni 2004 |
| 27 | Karim Zourgui
Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung | 02. Juli 2004 |
| 28 | Dimitrios Argirakos
Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung | 02. Juli 2004 |
| 29 | Alexander Alvaro
Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten | 14. Januar 2005 |
| 30 | R. Alexander Lorz
Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa | 14. Januar 2005 |
| 31 | Harpriye A. Juneja
The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century | 22. Januar 2005 |
| 32 | Joshua Stern
NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11 | 22. Januar 2005 |
| 33 | Caroline Oke
The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century? | 22. Januar 2005 |
| 34 | Dustin Dehez
Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft | 01. Februar 2005 |
| 35 | Marwan Abou-Taam
Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft | 01. Februar 2005 |

- | | | |
|----|--|------------------|
| 36 | Dimitrios Argirakos
Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa | 10. Februar 2005 |
| 37 | Jessica Heun
Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt... | 17. Februar 2005 |
| 38 | Dustin Dehez
Umfassender Schutz für Truppe und Heimat? | 01. März 2005 |
| 39 | Dimitrios Argirakos
Über das Wesen der Außenpolitik | 02. Mai 2005 |
| 40 | Babak Khalatbari
Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost | 02. Mai 2005 |
| 41 | Panagiota Bogris
Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen | 09. Mai 2005 |
| 42 | Jessica Heun
Quo vadis Roma? | 17. Mai 2005 |
| 43 | Patricia Stelzer
Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz | 27. Mai 2005 |
| 44 | Daniel-Philippe Lüdemann
Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations | 02. Juni 2005 |
| 45 | Dr. Michaela Hertkorn
France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations | 03. Juni 2005 |
| 46 | Babak Khalatbari
Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt | 04. Juni 2005 |
| 47 | Edward Roby
A hollow economy | 13. Juni 2005 |
| 48 | Patricia Stelzer
Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu | 02. Juli 2005 |
| 49 | Lars Mammen
Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union | 08. Juli 2005 |
| 50 | Daniel Pahl
Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran | 19. Juli 2005 |
| 51 | Michaela Hertkorn
An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London | 22. Juli 2005 |
| 52 | Dustin Dehez
Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit? | 24. Juli 2005 |

53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005
55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005

72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL- PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
		07. Februar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des 'Terrorismus' auf der internationalen Bühne	
74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Garztke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006

89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenradt A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006
92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mystery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007

106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007
111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfurth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfurth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008

124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008
130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September 2008

142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idas?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idas	28. Oktober 2009
150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org